

**Mitglied SPD-Fraktion**

Beigeordneter Volker Block  
Ausschussmitglied Norbert Peter Brandt  
Ausschussmitglied Susanne Kempcke

**Mitglied CDU-Fraktion**

Ausschussmitglied Uwe Heinemann

**Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW**

Ausschussvorsitzender Markus Bulla  
Stellv. Ausschussvorsitzender Michael Kiesewetter

**Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"**

Ausschussmitglied Anja Sanchez Mengeler

**Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"**

Ausschussmitglied Walther Schäfer

**Mitglied AfD-Fraktion**

Ausschussmitglied Detlef Stump

**es fehlte entschuldigt**

Ausschussmitglied Olaf Werner

**von der Verwaltung**

Referatsleiter Jens Müll  
Fachbereichsleiter Personalservice Gerd-Dieter Mönck  
Fachbereichsleiter Bürgerangelegenheiten, Öff. Sicherheit und Ordnung Ralf Janßen  
Gleichstellungsbeauftragte Nicole Biela  
Protokollführerin Katharina Born

**als Gast**

Vorsitzender Personalrat Innere Verwaltung Chris Biller  
Ratsfrau Helga Weinstock

## A Öffentlicher Teil

### Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 25.09.2023
- 4 Vorlagen an den Rat
  - 4.1 Nachtragsstellenplan
  - 4.2 Antrag WIN@WBV- und CDU-Fraktion: Konzeptentwicklung für die **547/2023** Verwaltungsstruktur unter Berücksichtigung des künftigen Personalfehls als auch der Digitalisierungsmöglichkeiten
  - 4.3 Antrag SPD-Fraktion: Kündigung des Vertrages mit dem Service Center **562/2023** Oldenburg zum 31.12.2024 und gleichzeitiger Aufbau eines städtischen Service Centers
  - 4.4 Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis - Kai Konken **321/2023**
  - 4.5 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis - Christian Schmidt **322/2023**
  - 4.6 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis - Sebastian Grannemann **323/2023**
- 5 Mitteilungen und Anfragen
  - 5.1 Budgetbericht 02
  - 5.2 Budgetbericht 10/11

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende **Herr Bulla** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 25.09.2023 wird in die nächste Sitzung verschoben.

Die Tagesordnung wurde in der geänderten Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 25.09.2023

Verschoben.

4 **Vorlagen an den Rat**

4.1 Nachtragsstellenplan

**Herr Müll** stellte den Nachtragsstellenplan anhand der anliegenden PowerPoint-Präsentation vor.

Auf Frage von **Herrn Heinemann**, versicherte **Herr Müll**, dass der Vorbehalt der Haushaltssperre bei der Erstellung des Nachtragsstellenplans berücksichtigt wurde.

Nach Wortmeldung von **Frau Sanchez Mengeler** gab **Herr Müll** einige Beispiele für Stellen, die u.a. durch Förderungen finanziert wurden.

4.2 Antrag WIN@WBV- und CDU-Fraktion: Konzeptentwicklung für die **547/2023** Verwaltungsstruktur unter Berücksichtigung des künftigen Personalfehls als auch der Digitalisierungsmöglichkeiten

**Herr Müll** gab anhand der anliegenden PowerPoint-Präsentation einen Überblick über die zukünftige Personalfuktuation, Altersabgänge und ein mögliches Vorgehen.

Auf Frage von **Frau Sanchez Mengeler** berichtete **Herr Müll** über das Vorschlagswesen der Stadt.

**Herr Müll** erklärte auf Frage von **Herrn Brandt**, dass es zurzeit keine finanzielle Unterstützung für die Ausstattung im Homeoffice gebe.

Herr Heinemann beantragte die folgende Änderung:

*„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:*

*Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Verwaltungsstruktur zu entwickeln, welches sowohl das künftige Personalfehl als auch dem gegenüberstehend die Möglichkeiten der Digitalisierung berücksichtigt.*

*Begründung:*

*Das Konzept soll keinen Denkverbote unterliegen und ggf. auch unterschiedliche Varianten und Möglichkeiten aufzeigen. Hinsichtlich finanzieller Auswirkungen sind sowohl alle Einsparungen in allen Bereichen aufzuzeigen als auch notwendige Ausgaben, die sich ggf. durch fortschreitende Digitalisierung ergeben. ...“*

Dem **Änderungsantrag** wurde bei 8 Ja-Stimmen **einstimmig zugestimmt**.

Der **Antrag mit der Änderung** wurde mit 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

**Beschluss: -einstimmig zugestimmt-**

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Verwaltungsstruktur zu entwickeln, welches sowohl das künftige Personalfehl als auch dem gegenüberstehend die Möglichkeiten der Digitalisierung berücksichtigt.

Begründung:

Das Konzept soll keinen Denkverbote unterliegen und ggf. auch unterschiedliche Varianten und Möglichkeiten aufzeigen. Hinsichtlich finanzieller Auswirkungen sind sowohl alle Einsparungen in allen Bereichen aufzuzeigen als auch notwendige Ausgaben, die sich ggf. durch fortschreitende Digitalisierung ergeben. Die Digitalisierungsausgaben sind dabei getrennt nach Auswirkungen aufgrund ohnehin bestehender gesetzlicher Verpflichtung sowie ggf. zusätzliche Ausgaben, die aus weiteren Varianten/Konzeptvorschlägen ergeben. Zu berücksichtigen ist auch die Ausweitung von Telearbeitsplätzen und der sich hieraus ergebende geminderte Raumbedarf. Zugrunde zu legen sind folgende Vorgaben: Unter Berücksichtigung der Personalfluktuation der vergangenen Jahre sowie des Ausscheidens aufgrund der Altersgrenze ist davon auszugehen, dass 150 Stellen (Vollzeitäquivalent=VZÄ) nicht nachbesetzt werden können, selbst wenn sich in der Aufgabenkritik/Verwaltungsstruktur keinerlei Änderungen ergeben

würden. Es ist somit erforderlich, die Verwaltung so aufzustellen, dass die Aufgaben auch mit einer Reduzierung von 10% der Stellen (VZÄ) gewährleistet werden muss. Diese Reduzierung ist durch geeignete Maßnahmen im Zuge der Digitalisierung zu kompensieren, was einer sehr konservativen Einschätzung der Einsparung entspricht und somit solide erscheint. Die Reduzierung der VZÄ sind dementsprechend beginnen ab dem Kalenderjahr 2026 mit mindestens 5 % auszuplanen und dann jährlich um mindestens ein Prozent zu steigern. Das Konzept ist dem Rat bis zum 30.11.2023 zur Beschlussfassung vorzulegen. Dieser Beschluss ist dem Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2023/2024 beizufügen, die obigen Vorgaben zum Stellensoll sowie ggf. Infrastrukturanpassungen in diesem zu berücksichtigen. Ausgaben für gesetzlich verpflichtende Digitalisierungsmaßnahmen dürften dabei nicht zusätzlich anfallen, da diese ohnehin in der Haushaltsplanung abgebildet sein müssen.

Nach Verwaltungsauskunft beläuft sich die Zahl der durch Erreichen der gesetzlichen Altersgrenzen ausscheidenden Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung in den kommenden 10 Jahren auf über 400. Eine Nachbesetzung aller Stellen erscheint allein vor dem Hintergrund des stetig wachsenden Fachkräftemangels (Stichwort geburtenschwache Jahrgänge) und der daraus resultierenden verstärkten Konkurrenzsituation zu anderen Arbeitgebern unmöglich. Gleichzeitig schreitet die Digitalisierung auch in der Verwaltung immer weiter voran, allein vor dem gesetzlich verpflichtenden Hintergrund. In einschlägigen Veröffentlichungen wird von einer möglichen Reduzierung des Aufwands bei restriktiver Umsetzung von bis zu 30 Prozent ausgegangen, der sich vornehmlich in geringerem Personalbedarf niederschlägt.

[geändert auf Antrag der WIN@WBV- und CDU-Fraktion im PG am 13.11.2023]

#### 4.3 Antrag SPD-Fraktion: Kündigung des Vertrages mit dem Service Center Oldenburg zum 31.12.2024 und gleichzeitiger Aufbau eines städtischen Service Centers **562/2023**

**Herr Müll** gab anhand der anliegenden PowerPoint-Präsentation Informationen zum Antrag der SPD-Fraktion.

**Herr Janßen** erklärte ergänzend, dass durch das Service Center in Oldenburg auch Zeiten abgedeckt werden können, die von den städtischen Mitarbeitenden in der Telefonzentrale nicht abgedeckt werden können.

**Herr Brandt** beantragte die Vertagung der Beschlussfassung.

**Beschluss:** -vertagt-

Kündigung des Vertrages mit dem Service Center Oldenburg zum 31.12.2024 und gleichzeitiger Aufbau eines städtischen Service Centers auf Grundlage der städtischen Telefonzentrale.

**Begründung:**

Der Antrag auf Prüfung der Kündigung des Service Centers Oldenburg hat nach Aussage der Verwaltung folgendes gezeigt.

Die Kündigung des Vertrages ist lediglich zum Jahresende mit 6 Monate Vorlauf möglich.

Der Aufbau eines städteigenen Service Centers benötigt Zeit.

Mit monatlich ca. 5.000 Anfragen im Service Center haben sich die Kosten auf ca. 200.000 € erhöht. Die Abrechnung erfolgt sekundengenau.

Die Kostenkontrolle liegt nicht bei der Stadt Wilhelmshaven, da die Zahl der Anrufe und ihre Dauer nicht vorhergesehen werden kann.

Ggf. notwendiges Fachpersonal kann durch Schulung vorhandener Mitarbeiter\*innen gestellt werden oder muss eingestellt werden.

Die Ersparnis dürfte deutlich über 100.000 € liegen.

Die Kostenkontrolle liegt dann in städtischer Hand.

4.4 Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis - Kai Konken

321/2023

**Herr Mönck** stellte den Beschlussvorschlag vor.

**Beschluss:** -einstimmig zugestimmt-

Der Stellvertretende Ortsbrandmeister, Herr Kai Konken, wird mit Ablauf des 30.11.2023 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zur Stadt Wilhelmshaven entlassen.

4.5 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis - Christian Schmidt

322/2023

**Herr Mönck** stellte den Beschlussvorschlag vor.

**Beschluss:** -einstimmig zugestimmt-

Herr Christian Schmidt wird gem. § 20 Niedersächsisches Brandschutzgesetz mit Wirkung vom 01.12.2023 bis zum 30.11.2029 zum stellvertretenden Stadtbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr Wilhelmshaven im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

4.6 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis - Sebastian Grannemann **323/2023**

**Herr Mönck** stellte den Beschlussvorschlag vor.

**Beschluss: -einstimmig zugestimmt-**

Herr Sebastian Grannemann wird gem. § 20 Niedersächsisches Brandschutzgesetz mit Wirkung vom 01.12.2023 bis zum 30.11.2029 zum Stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Bant-Heppens im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Budgetbericht 02

**Frau Biela** stellte den Budgetbericht für den Teilhaushalt 02 vor.

5.2 Budgetbericht 10/11

**Herr Mönck** stellte den Teilhaushalt 10/11 vor.

Auf Frage von **Herrn Bulla** erklärte **Herr Mönck**, dass die Zielanpassung für die Produkte noch nicht erfolgt sei.

Nach Wortmeldung von **Herrn Bulla** stellte **Herr Mönck** die Personalaufwendungen im Detail dar.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

**Ende der Sitzung 18.35 Uhr**

gez.

gez.

gez.

---

Jens Müll  
Referatsleiter

---

Markus Bulla  
Vorsitzender

---

Katharina Born  
Protokollführerin